

Wie stellen sich die Parteien im Schweizer Parlament zum Thema Industrie 4.0?

Eine Frage der massvollen Regulierung

Industrie 4.0 vereint die Begriffe Automatisierung, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Deep Learning. Was die einen fasziniert, verursacht bei anderen Ängste. Technischen Meisterleistungen steht die Furcht vieler Berufsleute um ihren Arbeitsplatz gegenüber. Und dann wäre da noch der Daten- und Persönlichkeitsschutz. Wie stellen sich die Präsidenten der Parteien in den Schweizer Parlamenten dazu? Droht anstelle bedachter und vorausschauender Weichenstellungen eine Überregulierung?

» Erwin Kartnaller



Foto: iStock/JIRAROI / PRADITCHARAKENKUL

Polyscope wollte es genau wissen und schrieb die Präsidenten aller wichtigen Parteien in der Schweizer Politszene an. Die sogenannten bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der BDP, sahen sich nicht bemüssigt oder ausserstande innerhalb der Antwortfrist von gut einem Monat ein kurzes Statement abzugeben. Selbst beim Nachfassen, bei welchem ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass Polyscope

sehr daran gelegen sei, ein möglichst breites Meinungsspektrum zum vorliegenden Thema abzubilden, glänzten die genannt Bürgerlichen mit Absenz. Das erklärt dann vielleicht auch, warum sich die Kräfteverhältnisse mehr und mehr von ihnen wegbewegen. Es reicht halt nicht, nur vor Wahlen und Abstimmungen Präsenz zu zukunftsentscheidenden Themen zu markieren und Position zu beziehen.

Insbesondere, weil das Thema Industrie 4.0 sehr emotionsgeladen ist und darüber entscheidet, wie der Wirtschaftsstandort Schweiz für die Zukunft gerüstet sein wird. Zielkonflikte sind der Daten- und Persönlichkeitsschutz, aber auch die grassierende Angst um Arbeitsplätze. Es kündigt sich hier eine Gratwanderung an, die sich an der Frage der Regulierung orientieren muss. Wieviel ist nötig, wieviel verträgt es? «

DIE FRAGE

Die Coronakrise hat die Sicht auf Industrie 4.0 verändert. Gleichwohl fühlen sich viele Leute durch die Begriffe der Automatisierung, Digitalisierung, Künstlichen Intelligenz, Internet of Things und Deep Learning in ihrer beruflichen Existenz bedroht. Wie stehen Sie zu Industrie 4.0? Welche Leitplanken und/oder Fördermassnahmen erachten Sie als wichtig, und warum?

Grüne Schweiz**Balthasar Glättli, Nationalrat und Präsident Grüne**

Bereits vor fünf Jahren haben wir Grünen betont, dass die Industrie 4.0 grosse

Ressourceneffizienz-Potenziale bietet. Angebot und Nachfrage lassen sich besser aufeinander abstimmen. Die Potenziale für den Werkplatz Schweiz müssen dringend genutzt werden. Dabei gilt es nicht nur wirtschaftliche Akteure und -verbände, sondern auch die Wissenschaft, Gewerkschaften, NGOs aber auch Vertreter des Datenschutzes einzubeziehen. Aber: Algorithmen und KI sind ethisch nicht neutral, und das Internet of Things ist sicherheitstechnisch eine grosse Herausforderung. Darum muss die Politik hier Verantwortung übernehmen und Rahmenbedingungen gestalten. Damit die Digitalisierung endlich nicht nur den Milliardären im Silicon Valley zugutekommt. Sondern allen!

Grünliberale Partei**Jürg Grossen, Unternehmer, Nationalrat und Parteipräsident glp**

Die Industrie 4.0 bietet vor allem Chancen. Die Arbeitsmodelle und die gesellschaftlichen Bedürfnisse verändern sich, digitale Lösungen ermöglichen vieles. Homeoffice, Fernunterricht und Videokonferenzen reduzieren die Umweltbelastung und erlauben einen höheren Lebenskomfort. Die Energieversorgung wird erneuerbar, effizienter und sicherer zugleich. Wie bei jedem Wandel ist Offenheit gegenüber Neuem verlangt. Wer sich nicht darauf einlässt, hat schwere Zeiten vor sich, wie der Blick auf vergangene gesellschaftliche und industrielle Veränderungsprozesse zeigt. Es gilt, die Leitplanken so zu setzen, dass die Industrie 4.0-Lösungen sich entfalten können und gleichzeitig möglichst alle Leute eine Perspektive und eine glücklich machende Tätigkeit finden.

Sozialdemokratische Partei**Mattea Meyer, Nationalrätin und Co-Präsidentin SP**

Die Industrie 4.0 als Projekt zur umfassenden Digitalisierung der industriellen Produktion birgt grosse Chancen, aber auch Risiken für Gesellschaft und Arbeitswelt. Sie darf nicht dazu führen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Arbeit und Auftragsvergabe über Clouds und Plattformen schaffen neue, oft prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Solche Plattformen müssen deshalb verbindlich reguliert, als Arbeitgeber behandelt und an der Finanzierung der Sozialabgaben beteiligt werden. Zusätzlich braucht es eine stärkere staatliche Aufsicht sowie verbesserte Möglichkeiten für die Gewerkschaften, gegen Missbräuche rechtlich vorzugehen. Letztlich braucht es Weiterbildungsangebote gerade auch für Menschen über 50 Jahre, damit diese aufgrund der Digitalisierung nicht aus dem Arbeitsprozess fallen.

Bürgerlich-Demokratische Partei**Martin Landolt, Nationalrat und Präsident BDP**

Ob die Coronakrise die Sicht auf die Industrie 4.0 wirklich nachhaltig verändert hat, wird erst die Zukunft zeigen. Zumindest in Bezug auf Homeoffice haben die letzten Monate zweifellos die Möglichkeiten, teilweise aber auch die Limiten aufgezeigt. Die Politik ist nach wie vor gut beraten, möglichst auf spezifische Gesetzgebungen zu verzichten und moderat zu regulieren. Es braucht aber sicherlich angepasste Rahmenbedingungen, wie beispielsweise ein Arbeitsrecht, das zukünftigen Modellen beruflicher Tätigkeiten und Situationen Rechnung trägt. Letztere werden vielfältiger und flexibler werden.